

13. / 1. 1915

Zur Versorgung Wiens mit Getreide und Mehl.

(Ein Bericht des Bürgermeisters über seine Interventionen.)

Das gestern Dienstag abends erschienene Amtsblatt der Stadt Wien enthält einen Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in der Stadtratsitzung vom 8. Jänner über die zur Versorgung Wiens mit Getreide und Mehl von der Gemeinde Wien unternommenen Schritte. Der Bürgermeister erinnerte in diesem Referate, daß er schon am 28. Juli an den Ministerpräsidenten eine Eingabe richtete, in der um entsprechende Ermäßigung der Zölle auf Getreide, Mehl und sonstige Lebensmittel aus dem Vertragsauslande für Lieferungen an die Gemeinde Wien und andere autonome Stadtverwaltungen zu gemeinnützigen Approvisionierungszwecken ersucht wurde. Am 12. August trat der Bürgermeister an die Regierung mit der Forderung heran, Höchstpreise für Getreide festzusetzen und die Zölle für Getreide und Mehl gänzlich aufzuheben. Diese Forderungen wurden vom Bürgermeister und den Parteibüchtern des Gemeinderates in einer Audienz beim Ministerpräsidenten am 30. September wiederholt und hatten insoferne Erfolg, als am 9. Oktober durch eine Verordnung der beteiligten Ministerien die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mehlprodukte außer Kraft gesetzt wurden. Dann zitiert der Bericht des Bürgermeisters eine vom Stadtrate in der Sitzung vom 29. Oktober gefaßte Resolution, die Regierung möge mit der Festsetzung von Höchstpreisen für die Brotfrüchte und für Kartoffeln nicht länger zögern und gegen das absichtliche Zurückhalten von Vorräten und die wucherische Preistreiberei einschreiten, dann eine gemeinschaftliche Einkaufskommission für die Militär- und Zivilverwaltung einsetzen. Dann erschien am 28. November die Verordnung über die Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl. Der Stadtrat gab in einer Resolution an die Regierung den schweren Bedenken der Gemeinde gegen die Art der Festsetzung der Höchstpreise Ausdruck und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung in objektiver Würdigung der Bedenken von dem ihr nach § 1 der Verordnung zustehenden Ueberprüfungsrecht im Sinne einheitlicher und möglichst niedriger Höchstpreise für Getreide und Mehl Gebrauch machen werde. Der Bürgermeister betonte in seinem Bericht, daß die Gemeinde nie um gleiche Höchstpreise, sondern um einheitliche Höchstpreise gebeten hat. Einige Tage später, am 8. Dezember 1914, wiederholte der Bürgermeister das Ersuchen um Feststellung der verfügbaren Brot-Getreidevorräte in Böhmen und Mähren und deren Beschlagnahme für Approvisionierungszwecke der Stadt Wien. Am 16. Dezember sprach der Bürgermeister beim Ministerpräsidenten vor, um ihn zur energischen Intervention wegen Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Mehl zu veranlassen und vom Stadtrat wurde eine neuerliche Resolution beschlossen, die Regierung möge dringendste Maßnahmen zur Mehllieferung Wiens zu erträglichen Preisen treffen. Am 22. Dezember 1914 erschien der Sektionschef im Ministerium des Innern Anton Ritter v. Simonelli beim Bürgermeister zu einer Besprechung, bei der die Ueberlassung verschiedener Mehlsorten an die Gemeinde Wien aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Vorräten in Aussicht genommen wurde. In einer Konferenz mit den in Betracht kommenden Genossenschaften erklärte der Bürgermeister dem Sektionschef Ritter von Simonelli, daß die Gemeinde das ganze verfügbare Mehl zu übernehmen bereit sei. Dann wurde am Silvesterabend in einer Besprechung mit dem Vertreter des Finanzministeriums k. k. Oberfinanzrat Ludwig Ritter v. Bärenklau zwischen Regierung und Gemeinde die Uebergabe von Mehlmengen an die Gemeinde Wien unter noch zu bestimmenden Preisen vereinbart. Von diesen Quantitäten — sagt der Bericht — ist bisher ein kleiner Bruchteil eingelangt, der auch sofort den beteiligten Genossenschaften zur Verfügung gestellt und von diesen an ihre Mitglieder abgegeben worden ist. Auch hat die Gemeinde Wien verschiedene Schritte unternommen, um aus dem Auslande Getreide- und Mehlvorräte zu erhalten.

Der Bericht schließt: Dem Bürgermeister und Magistrat ist es ferngelegen, die Bevölkerung zu beunruhigen, im Gegenteil haben durch die ganze Zeit alle Gemeindefunktionäre bewiesen, daß sie nach bestem Wissen und Können ihre Pflicht tun, um der Bevölkerung über unvermeidliche Begleiterscheinungen des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete hinüberzuhelfen.

Der Stadtrat nahm diesen Bericht dankend zur Kenntnis.